

Fortsetzung - Löhnes Weg zur „Stadtwerdung“

Die fünf amtsangehörigen Gemeinden hatten bereits vorher ihre Zustimmung zum Zusammenschluss gegeben. Im Düsseldorfer Landtag wurde das Gesetz zur Neugliederung dann am 12. Dezember 1968 beschlossen. Eine Woche später, am 19. Dezember, fand die letzte Amtsvertretersitzung unter dem Vorsitz von Amtsbürgermeister Vette, der diesem Gremium 19 Jahre vorgestanden hatte, statt.

Da am 23. März 1969 Kommunalwahlen angesetzt waren, übernahmen Heinrich Vette und Heinrich Kröger als "Beauftragte der Stadtverwaltung" bis zur Konstituierung des neuen Stadtrates vorläufig die Verantwortung.

Die Wahlen bestätigten die Ergebnisse der vergangenen Jahre und brachten der SPD mit 54,5 % der Wählerstimmen (= 22 Sitze), eine deutliche absolute Mehrheit. Die erstmals angetretene FDP zog auf Anhieb mit 9,9 % (= 4 Sitze) in den neuen Stadtrat ein. Die CDU stellte 15 Vertreter bei einem Stimmenanteil von 35,6. Bisher hatten 88 Männer und eine Frau über die Angelegenheiten des Amtes und der Gemeinden entschieden; dem neuen Stadtrat gehörten nur noch 41 Mitglieder an, von denen 14 (= 34 %) bisher in keinem Parlament vertreten waren.

Bei der Wahl zum Bürgermeister, die in der ersten Ratssitzung am 1. April 1969 durchgeführt wurde, stimmten von den 39 anwesenden Ratsmitgliedern 32 für den von der SPD nominierten Kandidaten Heinrich Schneider, der schon seit 1961 Gemeindebürgermeister in Mennighüffen war. Nach Schneiders Vereidigung durch den Alterspräsidenten Fritz Fischer (Löhne-Dorf), wählte der Rat den CDU-Politiker Helmut Möller zum stellvertretenden Bürgermeister. Völlig einig war man sich auch darüber, dass der bereits seit 1949 an der Spitze der Verwaltung stehende Amtsdirektor Heinrich Kröger zum Stadtdirektor gewählt werden sollte.

Unstimmigkeiten traten allerdings bei der Frage auf, für welchen Zeitraum diese Wahl gelten sollte. Während CDU und FDP Kröger nur für fünf Jahre wählten wollten, votierte die SPD für eine volle neue Amtsperiode von 12 Jahren, was auch mit 23 zu 16 Stimmen angenommen wurde.

Anstelle der nun nicht mehr existierenden Gemeindevertretungen wurden vom Rat Ortsvertreter für die neuen Stadtteile gewählt, die die besonderen Interessen der Ortsteile gegenüber der Stadt wahrnehmen sollten. Die Ortsvertreter agierten allerdings nur eine Legislaturperiode; nach der Kommunalwahl 1975 wurden diese Ämter nicht wieder besetzt.

In ersten Gesprächen stellte Stadtdirektor Kröger folgende Aufgaben für die weitere Entwicklung der neuen Stadt als besonders wichtig heraus: *„...Die Planung, und zwar insbesondere Städteplanung, Generalverkehrsplan, Überarbeitung der Leitplanung, eingebettet in die Landes- und Bezirksplanung, die Finanzplanung. ... Als weitere Hauptaufgabe werden der Bau des Hallenbades, der Schulbau, die Kanalisation, die Schaffung von Sportanlagen und der Straßenbau sowie die Förderung der gewerblichen Wirtschaft aufgezeigt.“*